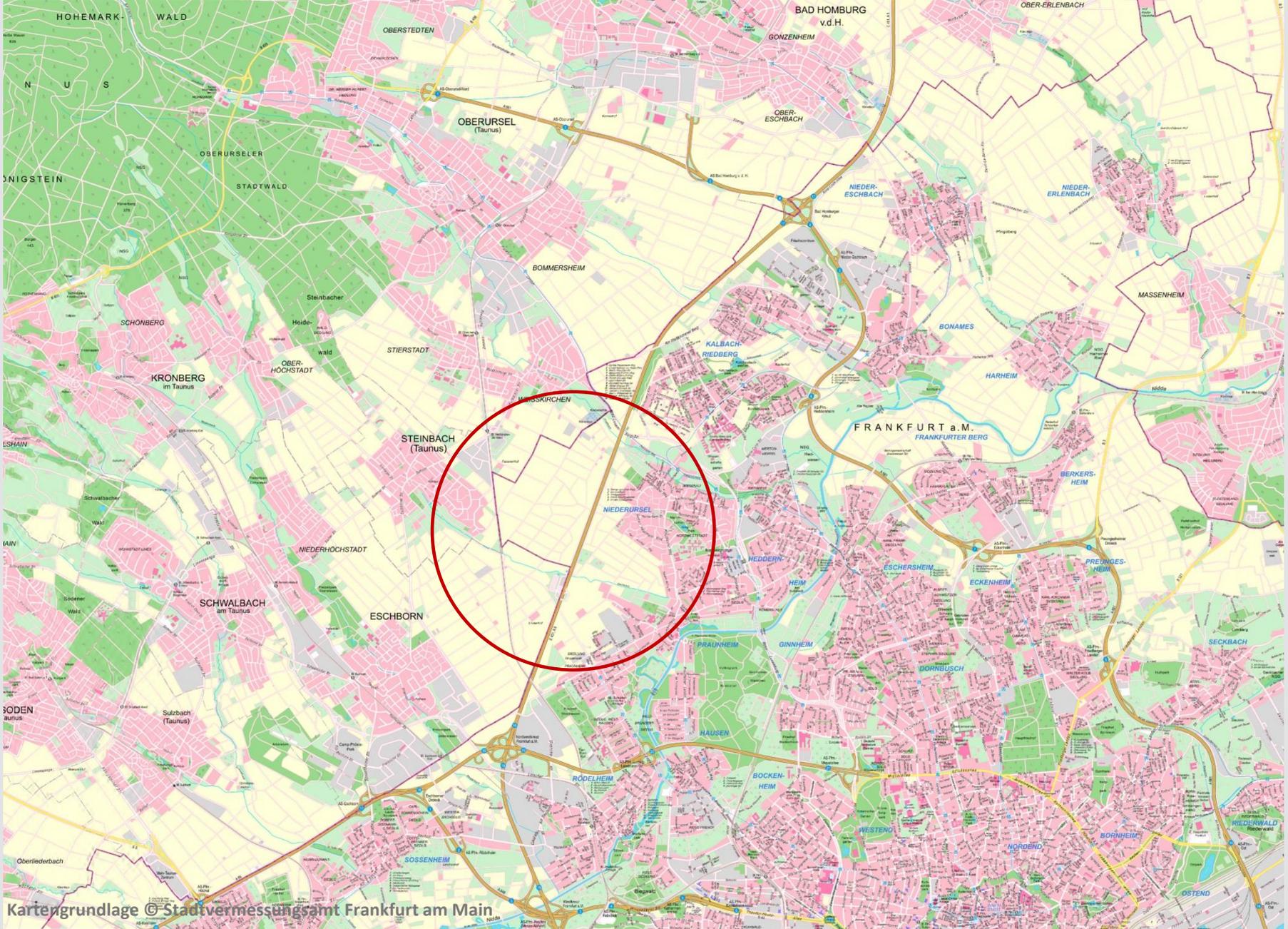


Frankfurts geplanter neuer Stadtteil

Stadtrat Mike Josef
Planungsdezernent
der Stadt Frankfurt

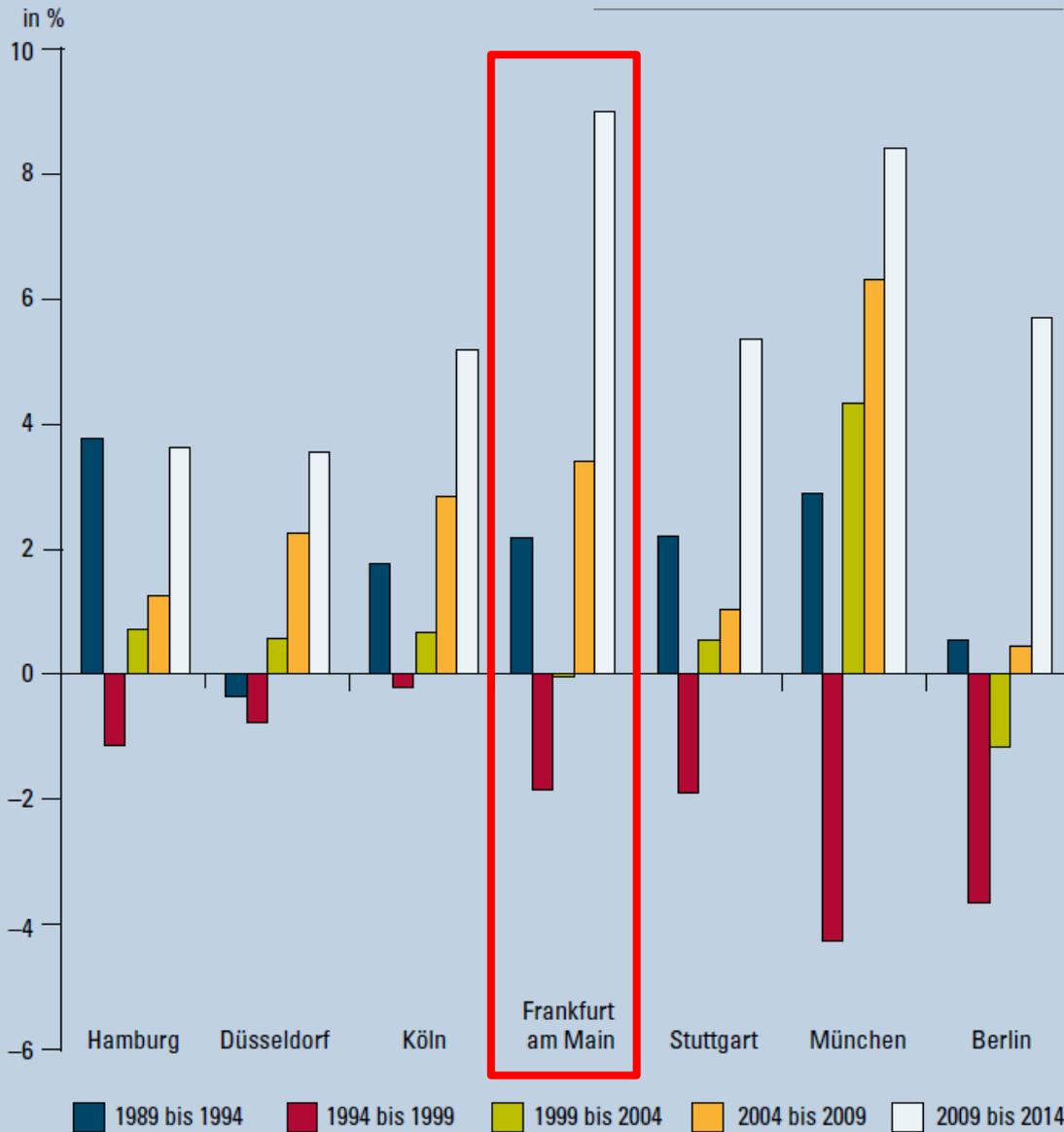
Titusforum Frankfurt
27. September 2017





Kartengrundlage © Stadtvermessungsamt Frankfurt am Main

Bevölkerungsentwicklung der „Big Seven“



Datenbasis: Bevölkerungsfortschreibung des Bundes und der Länder, Zensuskorrektur durch das BBSR. Laufende Raubeobachtung des BBSR

© BBSR 2017

Quelle: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2017): Wachstumsdruck in deutschen Großstädten (BBSR kompakt). Seite 5

Wohnungsbedarf in FrankfurtRheinMain



- **Wohnungsbedarf bis 2030 in der Region FrankfurtRheinMain:**
ca. 180.000 Wohnungen

- **Wohnungsversorgungsquote in Frankfurt:**
ca. 90%

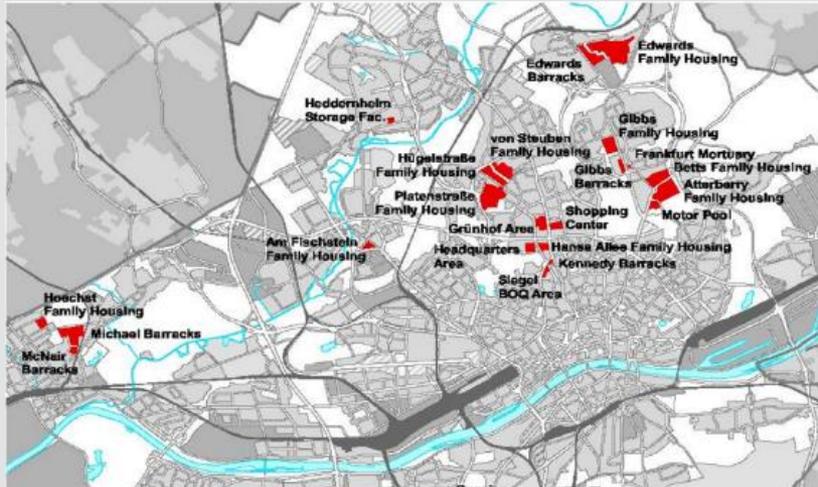
- **Fehlende Wohnungen in Frankfurt :**
ca. 40.000

- **Wohnbaupotenziale in Frankfurt am Main (Wohnbaulandentwicklungsprogramm):**
ca. 20.000 Wohnungen

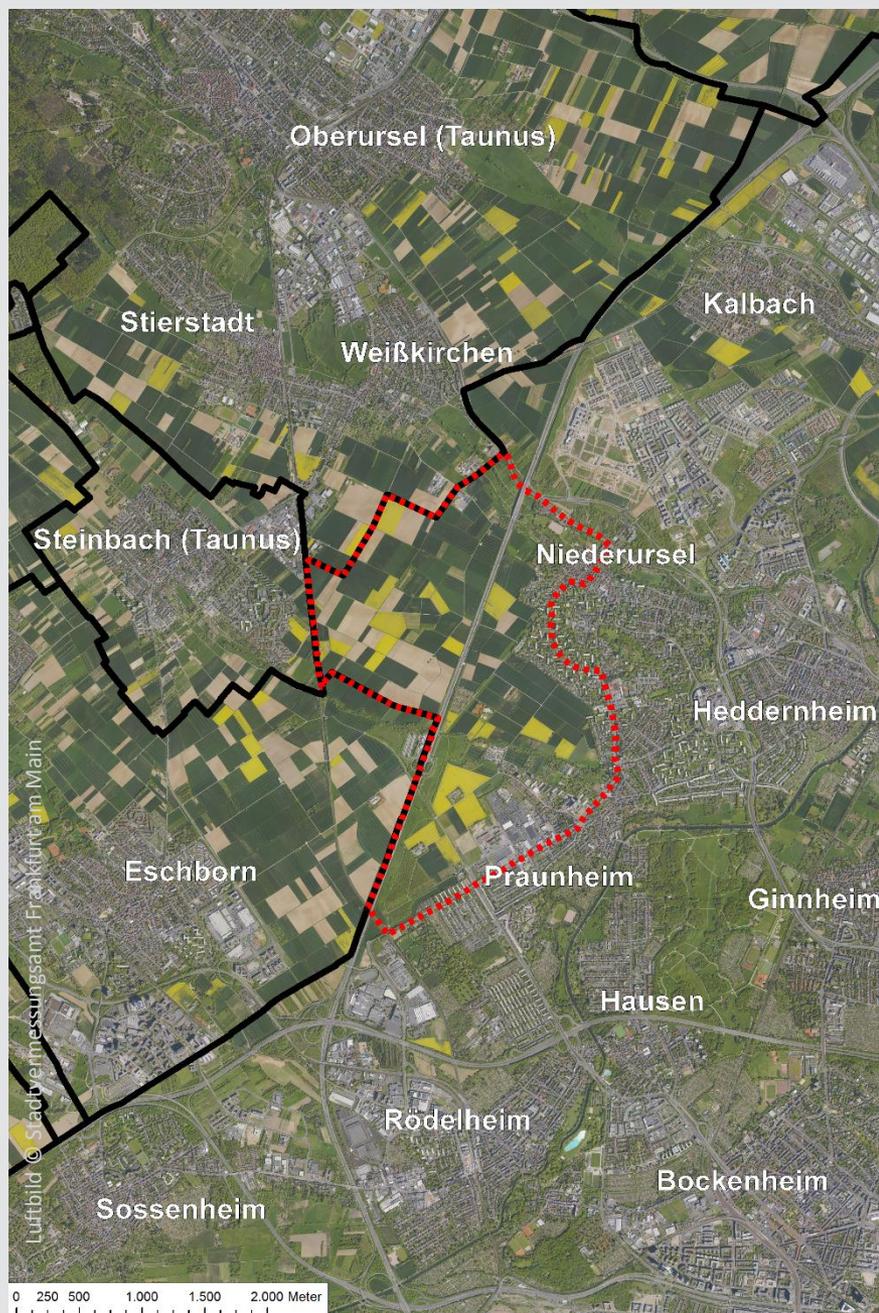
- **Einkommengrenzen im Mittelstandsprogramm (8,50-10,50 € Miete/qm):**
Single: ca. 19.000 - 32.000 €/Jahr
Paar: ca. 28.000 - 40.000 €/Jahr
Familie mit 2 Kindern: ca. 42.000 - 58.000 €/Jahr
(Einkommengrenzen = bereinigtes Haushaltseinkommen)

Warum ein neuer Stadtteil?

Wohnungsneubau in neuen Quartieren: große Projekte vor dem Abschluss



- ✓ Militärische Konversionsflächen
- ✓ Konversion Hauptgüterbahnhof - „Europaviertel“
- ✓ Stadtentwicklungsmaßnahme „Am Riedberg“
- Vorbereitende Untersuchungen Bornheim-Seckbach: Ausgang offen





Städtebauliche Vorstudie

- Freiräume und Bauflächen
- Integration in die regionale Siedlungsstruktur
- Grünzüge
- Quartiersmitte – Versorgungszentrum

Bedarf an öffentlichen Einrichtungen wird eingeschätzt, u.a.:

- Kindertagesstätten
- Grundschulen
- Einrichtungen für Jugend und Alte

Wohnungsmix, u.a.:

- Genossenschaftliches / gemeinschaftliches Wohnen
- bezahlbarer Wohnungsbau

Anwendungsbereich der SEM: zügige und einheitliche städtebauliche Entwicklung

Vorbereitung / Vorbereitende Untersuchungen

(ca. 2 Jahre, z.B. Entwicklungsmaßnahme Riedberg: 1994 -1996)

Durchführung

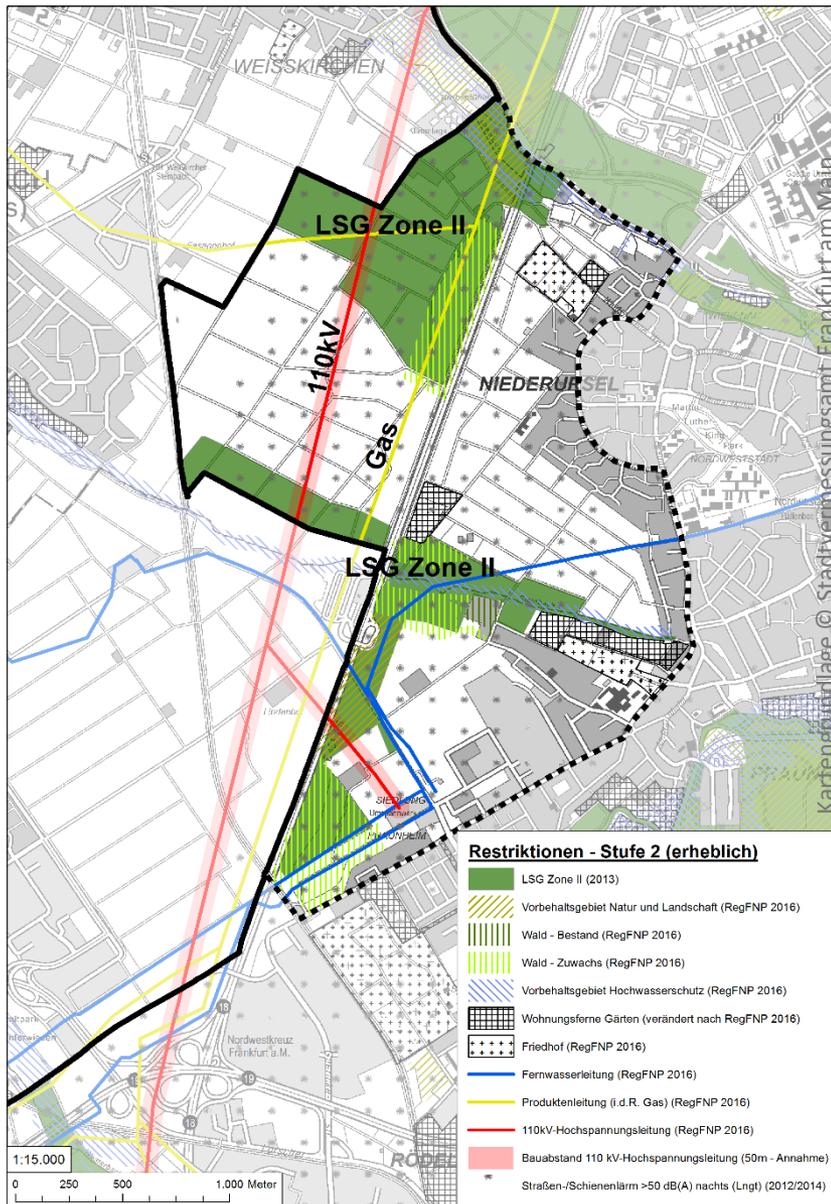
(ca. 15 – 20 Jahre, z.B. Entwicklungsmaßn. Riedberg: 1997 – 2016)

Abschluss

(Entwicklungsmaßnahme Riedberg: 2016)

Untersuchungsbedarfe

- Natur und Landschaft,
- Biotop- und Artenschutz;
- Boden und Wasser,
- Luft und Lärm, (A5!)
- Klima, Landschaftsschutz
- Leitungstrassen Strom, Wasser, Gas
- Trinkwasserschutzgebiet
- Hochwasserschutzgebiete
- Landwirtschaft
- ...

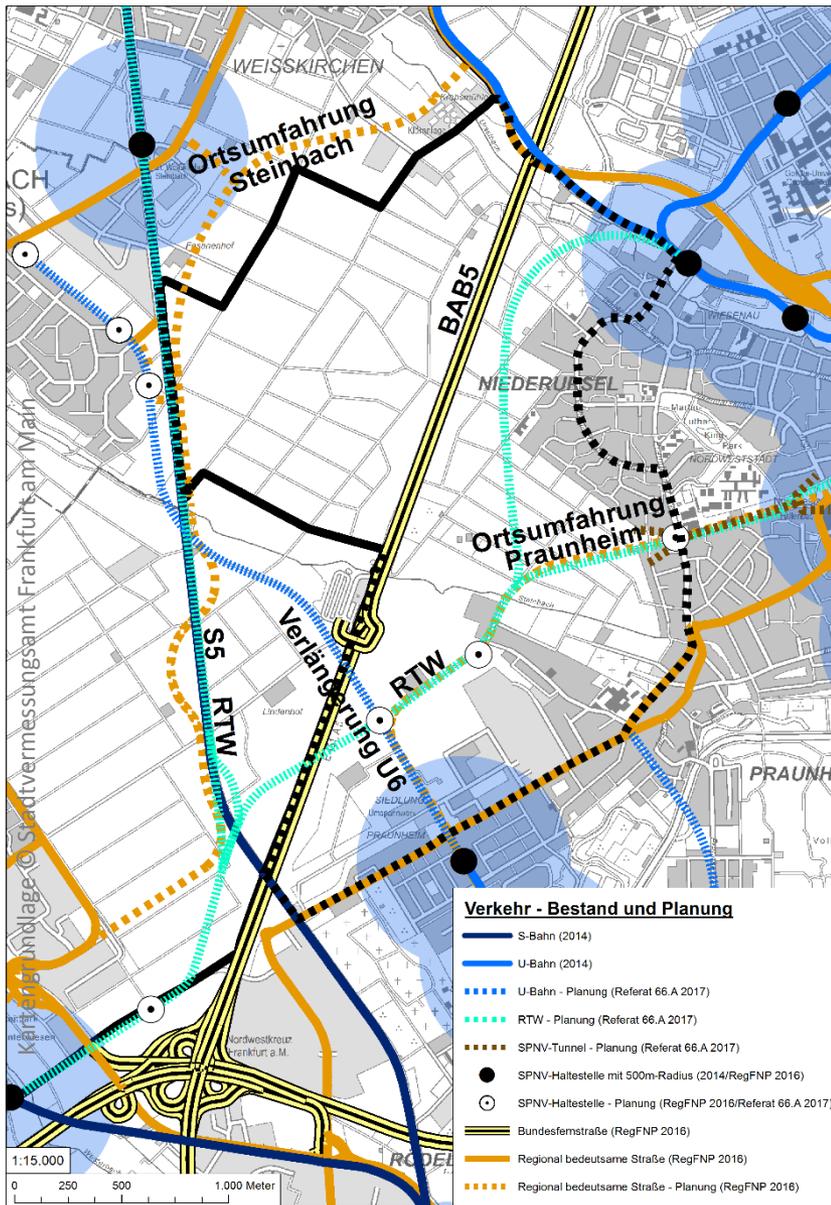


Untersuchungsbedarfe

Verkehr und Erschließung des Gebiets

Vorhandene Planungen prüfen:

- Umfahrung Steinbach-Oberursel
- Verlängerung der U6
- RTW-Trasse
- Ortsumfahrung Praunheim
- Leistungsfähigkeit der Hauptstraßen
- ...



Infrastruktur im neuen Stadtteil

Schulen und Kitas (Riedberg: 2 Grundschulen, 13 Kitas)



Infrastruktur im neuen Stadtteil

Gymnasium/weiterführende Schule (Riedberg: 2 weiterführende Schulen)



©

Infrastruktur im neuen Stadtteil

Einzelhandel und Cafés (Riedberg: Riedbergzentrum, 10 Arztpraxen)



Infrastruktur im neuen Stadtteil

Einzelhandel und Cafés (Seestadt Aspern, Wien)



Quelle: www.seestadt-aspern.at

Verschiedene Wohnformen (Projekt Wagnis, München)



Foto: Michael Heinrich

Quelle: www.wagnis.org

Infrastruktur im neuen Stadtteil

Grünflächen (Bahnstadt Heidelberg)



Quelle: Planungsdezernat Frankfurt am Main

Grünflächen (Gleisdreieck Berlin)



Quelle: www.wikipedia.de
(Aufnahme: Lienhard Schulz)

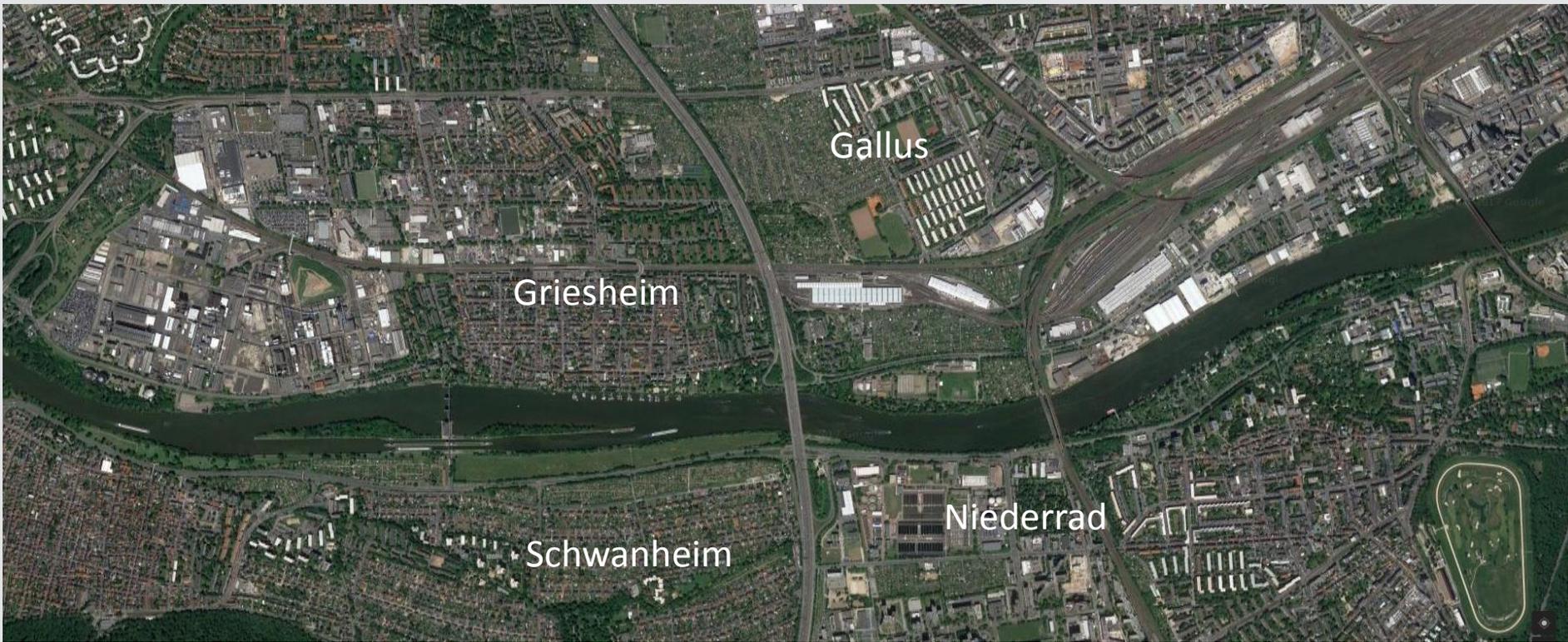
Infrastruktur im neuen Stadtteil

Lärmschutz und Grünflächen (Düsseldorf-Dehrendorf)



Quelle: www.nrz.de

Stadtteile an der Autobahn A5 in Frankfurt



Neuer Stadtteil: Wie geht's weiter?

Beschluss über die vorbereitenden Untersuchungen durch die Stadtverordneten der Stadt Frankfurt (4. Quartal 2017)

Durchführung der vorbereitenden Untersuchung

Formale Festlegung des Entwicklungsbereichs durch Beschluss der Entwicklungssatzung

Städtebauliche Planung

Änderung des Regionalen Flächennutzungsplans

Erwerb von Grundstücken

Aufstellen von Bebauungsplänen

Realisierung (in Abschnitten)

Formelle Beteiligung der Eigentümer, Pächter, Mieter und sonstiger Betroffenen (§ 137 BauGB)
+
Information und Einbindung der Öffentlichkeit (Veranstaltungen, Internet etc.)